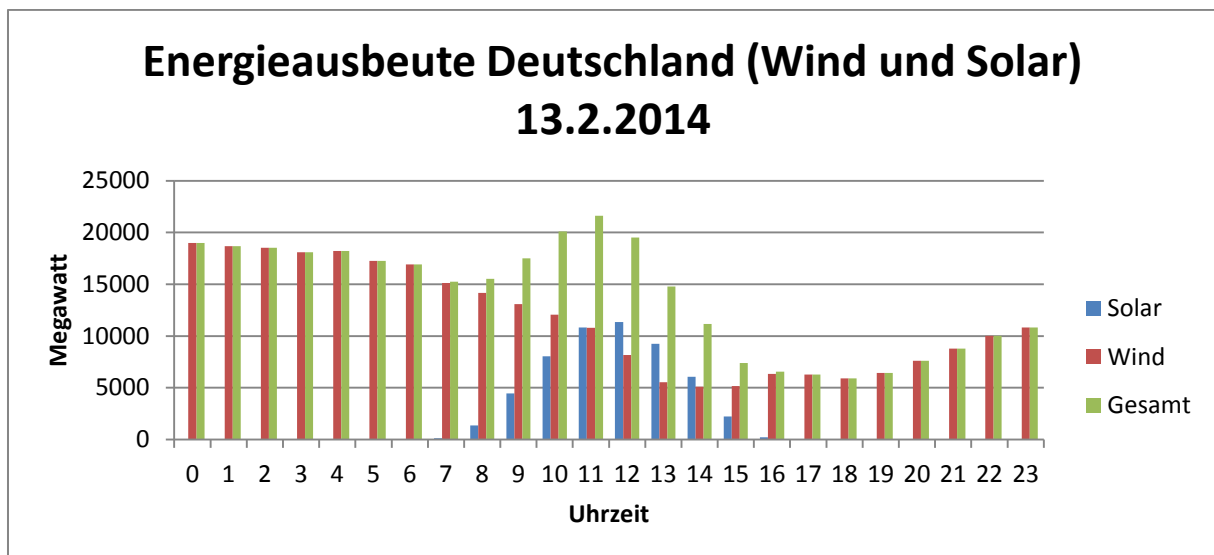


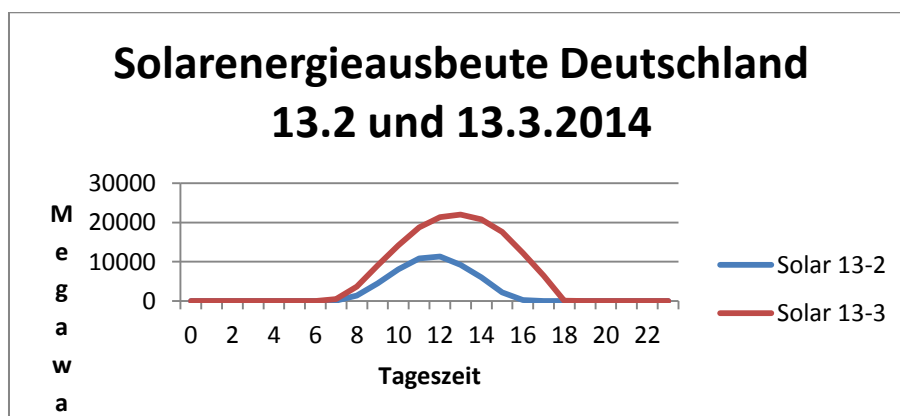
# Das Thesenpapier

Die föderale Verfassung der Bundesrepublik führt zwangsläufig zu multiplem Organversagen. Erkennbar ist das an zahlreichen Krankheitssymptomen.

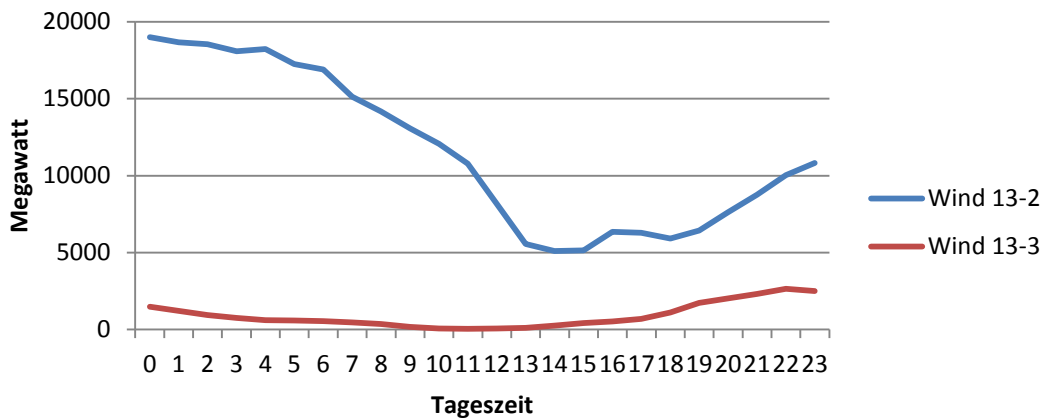
- Das bis in die 60er Jahre einigermaßen funktionierende Geld- und Währungssystem mit einer weisungsunabhängigen Deutschen Bundesbank wurde zugunsten eines EURO-System aufgegeben.
- Ein Erdbeben im Pazifik führte zu einem grundlegenden Umbau unseres Energiesystems. Die Energiewende bringt gravierende Verletzungen der Eigentumsrechte, wenn etwa die hessische Landesregierung Kernkraftwerke vom Netz nimmt oder es nun sogar zu EEG-Zwangsbeiträgen von privat errichteten und betriebenen Blockheizkraftwerken kommt, um die zunehmend unkalkulierbarer werdenden Kostensteigerungen der >Energiewende< zu finanzieren. Am 13. Februar 2014 wird ein norddeutscher Betrieb der Metallverarbeitung wegen einer Wind- und Solarflaute zeitweise stillgelegt (Blackout).



Genau einen Monat später ergibt sich folgendes Bild:



## Windenergieausbeute Deutschland 13.2 und 13.3.2014



- Mögliche Arbeitsplatzverluste in energieabhängigen Wirtschaftszweigen werden in den gleichgeschalteten Medien nicht mehr erwähnt.
- Ein zunehmend unübersichtlicher werdendes Steuer- und Sozialtransfersystem führt zu massenhaften Wohlstandsverlusten.
- Ein von Staatsbürokraten dominiertes Bildungs- und Hochschulsystem verliert zunehmend an Innovationskraft. Der ökonomische und naturwissenschaftliche Analphabetismus der Bevölkerung nimmt in beängstigender Weise zu.
- Das öffentlichen Finanz- und Rechnungswesen verhindert vernünftige Rechnungslegung und Mittelbewirtschaftung - man kann nicht sagen, in welcher Verwendung die knappen Ressourcen welchen Beitrag zur Wohlfahrt einer Gesellschaft leisten können. Dazu tritt nun noch der schwer-wiegende Mangel der geringen Flexibilität. Solange sich nämlich das Budget des Jahres 1994 mit weit über 90%-Sicherheit aus dem Budget des Vorjahres ergibt, kann man das öffentliche Budgetgebaren nur als ein >muddling through< (Durchwurschteln) bezeichnen.
- Das Ausbildungswesen der öffentlichen Verwaltung ist hoffnungslos veraltet. Es gilt das Laufbahnprinzip: Positionen des höheren nichttechnischen Dienstes erreicht man in der Regel über ein abgeschlossenes Jurastudium mit anschließender Referendarzeit. Der gehobene Dienst wird an verwaltungsinternen Fachhochschulen für öffentliche Verwaltung ausgebildet. In den Lehr- und Ausbildungsinhalte beider Studiengänge dominieren juristische Inhalte - im höheren Dienst zu 100 %. Wirtschafts- und Sozialwissen-schaften fehlen.

Das Jurastudium ist noch eines der letzten Generalisten-Modelle, das Rechts- und Staatsanwälte, Richter und Verwaltungsbeamte gleichermaßen für die Berufspraxis qualifizieren soll. In den höheren Management-ebenen der öffentlichen Verwaltung kommt wirtschafts- und sozialwissenschaftliches Wissen nur sporadisch vor. Die Bediensteten wurden auf solche Fragestellungen in ihrer Ausbildung nicht vorbereitet. Auch das Mittelmanagement hatte vor 20 Jahren noch einen wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fächeranteil von etwa 30% am Gesamtstundenvolumen von 2.200. Mittlerweile ist die Ökonomik hier fast vollständig verschwunden.

- Während also das Rechnungswesen und die Methoden der Bewirtschaftung öffentlicher Mittel sich seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts nicht verändert haben und deshalb in

Rückschritt gerieten, hat sich das Ausbildungswesen der öffentlichen Verwaltung eindeutig zurückgebildet, wenn man Inhalt und Fächerbreite mit denen der preußischen Kameralistenausbildung um 1800 vergleicht.

Die Mängelliste lässt sich beliebig verlängern. Die kritische Analyse und Diskussion dieses Prozesses findet in den Mainstream-Medien nicht statt. Political Correctness dominiert den politischen Diskurs.

Vor der Wiedervereinigung gab es in der Bundesrepublik etwa 1000 Bund-Länder-Kooperationsausschüsse mit unzähligen Untergruppen der Ministerkonferenzen (Innen-, Kultus-, Wirtschafts-, Umwelt-, Verkehrs-, Wohnungsbau- etc. –Ministerien). Hier arbeiteten schätzungsweise 6000 Lebenszeitbeamte aus Bund und Ländern. Kommunen saßen nur am „Katzen-tisch“. Sie durften zuhören, aber nicht mitentscheiden.

Nach 1990 stieg die Anzahl der beteiligten Länder von 10 auf 16. Bei einer 48-monatigen Legislatur des Bundestages finden nun also durchschnittlich alle drei Monate Landtagswahlen statt.

Zahlreiche Bundesgesetze werden in den Ländern und auch auf Bundesebene initiiert. Die Gesetzesvorhaben bedürfen entweder der einfachen oder der qualifizierten Mehrheit in Bundestag und/oder Bundesrat. Häufig muss auch der Vermittlungsausschuss eingeschaltet werden, um Mehrheiten zu auszuhandeln.

Manche Gesetzesvorhaben werden auch vor dem EU-Horizont überprüft. Es wimmelt also von politischen Veto-Playern.

Ökonomen und Politologen sprechen von der Selektionsfunktion der Bürokratie: sie bestimmt, in welchem Umfang Gesetzgebung betrieben wird.

In diesem System haben Bürokraten mit parteipolitischer Bindung gute Aufstiegschancen sowohl in der traditionellen Verwaltung und den Ministerien als auch in den Parteiorganisationen.

Aus dem eigentlichen parlamentarischen Raum kommen meist nur die Vorhaben, von denen die politbürokratisierten Parteigremien annehmen können, dass sich für sie in den o.a. Bund-Ländergremien politbürokratische Mehrheiten finden lassen. Dabei wirken die diversen Aktivitäten der EU-Bürokratie für die Bund-Länder-Bürokratie als willkommene Machtverstärker.

Weisungsrechtlich gestützte Bürokratiedisziplin sowie Stimmentausch in Koalitionsparteien und zwischen Parteiflügeln, Fraktionszwang und Pairing in der Parlamentsarbeit – Ausschussmitglieder verlassen Sitzungen, wenn bei Abstimmungen die ursprüngliche Ausschussmehrheit durch Abwesenheit von Fraktionsmitgliedern zeitweise nicht gegeben ist - werden zu alltäglichen Erscheinungen.

In diesem komplizierten System gedeiht Lobbyismus. Dabei findet man sogenannte NGO`s (Non Government Organisations) und auch GONGO`s (Governmentally Organized NGO`s). Geschickte Interessenvertreter setzen ihre Hebel sowohl bei den Parteien als auch in den vielfältigen Entscheidungseinheiten der EU-Bund-Länder-Bürokratien an und – in höchster Perfektion – machen die sie betreffenden Gesetzesentwürfe und Verträge selbst (LKW-Maut auf Autobahnen).

In den Parteien bilden sich politbürokratische Hierarchien (Fraktionsgeschäftsführer, Obleute, deren Stellvertreter und Ausschussmitglieder betreiben das parteipolitische Geschäft) und Manager für die

ständig irgendwo stattfindenden – mehrheitsentscheidenden – Landtags- und Kommunalwahlkämpfe.

Parteiliches Engagement erfordert viel Zeit und muss sich für den einzelnen lohnen. Bestimmte Gruppen (Studenten und Lehrer) sind da im Vorteil. Es haben sich demzufolge ausgeklügelte Anreiz- und Belohnungssysteme entwickelt. Partei-politiker finden z. B. gute und sichere Beschäftigungsmöglichkeiten in operativen Regierungsämtern (Schulen, Sozialverwaltung etc.) und in weniger sicheren, höheren strategischen Führungspositionen (Ministerialebene). Zahlreiche Beispiele aus jüngster Zeit belegen, dass auch Lobby-Organisationen gute Beschäftigungsmöglichkeiten für >verdiente< Parteisolddaten anbieten können.

Fragt man nun nach der Rolle des Wählers in diesem System, dann wird man resigniert feststellen müssen, wie macht- und bedeutungslos er doch ist. Verhältniswahlrecht nutzt und fördert die in kleinen Kugeln ausbalancierten Prioritätslisten.

Ein einfaches Mehrheitswahlrecht bringt den Bewerbern um Parlamentssitze politische Risiken, weil hier der Wähler mehr zu sagen hat. Das Mehrheitswahlrecht liefert wirkliche Repräsentanten des Wählers, während das Verhältniswahlrecht nur festlegt, wie viele Listenkandidaten in die Parlamente einziehen.

Dann könnte man auch noch an ein echtes Zwei-Kammer-System denken. Die Anzahl der Wahlen würde stark reduziert. Die gewählten Repräsentanten könnten sich dann ungestörter um ihre eigentlichen Gesetzgebungsaufgaben kümmern. Durch deutlich reduzierten Bürokratieeinfluss würden sich die Freiheitsspielräume des Bürgers ausdehnen und die Kommunen könnten sich besser um ihre eigentlichen subsidiären Aufgaben kümmern.

Als besonderes Schmäckerl dieser ganzen Reform könnte man sich dann noch überlegen, ob man dem amerikanischen Public Choice-Ökonomen, Gordon Tullock, folgt, der die Eingrenzungen der politischen Teilhaberechte von Staatsbürokraten fordert, um Interessenkonflikte zu vermeiden. Dann würden sich möglicherweise Lehrer mehr für >Schulleiter-Stellen< als für Landtagssitze interessieren.